

Michael Walther
BIBS Fraktionsgeschäftsführer
im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

0531/ 470-2180
michael.walther@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 05. Juni 2007

Klimaschutz

OB kehrt sich vom Saulus zum Paulus?

BIBS fordert tatkräftiges Handeln statt halbherziger Maßnahmen!

Heute diskutiert Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann mit den Bürgerinnen und Bürgern unter anderem über die Einrichtung einer Umweltzone, in der weite Innenstadteile zur Tempo-30-Zone erklärt und ein Verbot für Lastwagen und Autos der Schadstoffklasse 1 ausgesprochen würden.

Wirkungsvolle Lösungen sind viel einfacher zu realisieren!

Für den Klimaschutz in Braunschweig fordert die BIBS-Fraktion viele einfache Selbstverständlichkeiten ein:

- Wiedereinführung der Baumschutzsatzung
- Aufgabe des Ausbauprojektes Start- und Landebahn Flughafen
- Ein nachhaltiges Stadtentwicklungskonzept mit Zielvorgaben und daraus folgendem Maßnahmenkatalog und Evaluation (Innen- vor Außenentwicklung, Minimale Versiegelung, Erhöhung des Grünanteils in der Stadt)
- ein verbindliches Verkehrsentwicklungskonzept mit Zielvorgaben und daraus folgendem Maßnahmenkatalog und Evaluation (Erhöhung den Anteils von Rad- und öffentlichen Nahverkehr sowie des Fußgängeranteils am Modal Split, Attraktivitätssteigerung des Braunschweiger Nahverkehrs, kein Neubau von Straßen ohne Rückbau von Verkehrsflächen)
- Wiederauflage der Projekte zur Dach- und Fassadenbegrünung
- Einführung eine Photovoltaikmanagement für die städtischen Dachflächen
- Klimaschutz und Energievermeidung als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern - daraus ableitend keine ökonomischen Bewertungen über ökologische zu setzen

Sünden können nicht vertuscht werden!

Der OB diskutiert, ob sein Vorschlag eine angemessene Reaktion auf den aktuellen umweltpolitischen Diskurs darstellt. In der Expertendiskussion in der vergangenen Woche ließen seine Worte keinen Zweifel daran, dass er die derzeitige Klimadebatte allen wissenschaftlichen Fakten zum Trotz als übertriebene „Panikmache“ bewertet. Sein bisheriges Engagement berücksichtigte ein klimarelevantes Handeln nicht im Geringsten:

- die Verlängerung der Start- und Landesbahn des Braunschweiger Flughafens vernichtet 60.000 Bäume. Ein 200 Jahre alter Baum bindet pro Jahr 2000 kg CO₂. Nur ein gleichwertig alter Baum erreicht diese Leistung.
- die Baulandpolitik versiegelt immer mehr städtische Fläche. Noch dazu setzt er auf den energetisch unsinnigen Einfamilienhausbau. Dabei sinkt

die Nachfrage nach Einfamilienhäusern im Umland stetig, die Abwanderung geht zurück und die Bevölkerung schrumpft.

- das Gebäudemanagement wurde vernachlässigt und es fand keine energiesparende Gebäudepflege statt. Geld wird vor allem in den historisierenden Innenausbau der angemieteten ECE-Räume investiert.
- Dem ECE-Center wurde eine weitere Parkebene genehmigt: Weitere 1700 Parkplätze wurden in der Innenstadt geschaffen, der motorisierte Individualverkehr wird damit nochmals attraktiver.
- dem städtischen Nahverkehr wird bis 2010 der Defizitausgleich um weitere 3 Mio. Euro gesenkt.
- lukrativ die städtischen Dachflächen durch Photovoltaikanlagen zu vergolden, wird nicht verfolgt.
- die Baumschutzsatzung wurde abgeschafft
- Braunschweig trat aus dem Klimabündnis aus

Ein themenübergreifendes Klimaschutzmanagement

Die BIBS-Fraktion teilt die hauptsächlichen Einwände der Naturverbände und Umweltschützer: Mit der Aushöhlung des Fahrverbots durch umfassende Ausnahmeregelungen ist das Instrument nahezu wirkungslos.

Die Dringlichkeit der Situation erfordert ein beherztes Handeln durch weitere Klimaschutz- und Luftverbesserungsmaßnahmen. Im März 2007 ergaben Feinstaubmessungen vom Bündnis für saubere Luft und Greenpeace am Bohlweg eine signifikante Zunahme kleiner, lungengängiger und damit besonders gefährlicher Feinstäube (< 10 PM). Ein nachhaltiges Bemühen der Stadt, wieder Messcontainer aufzustellen, fehlt bis heute und wird mit fadenscheinigen Ausreden erklärt. Mit den liegengelassenen Hausarbeiten zu beginnen und

Weitere Informationen unter www.bibs-fraktion.de

Nachfolgend Pressemitteilungen einzelner Initiativen:



„Wälder sind unverzichtbar für den Klimaschutz“

(aus dem Grußwort des Bundesumweltministers Sigmar Gabriel zur Veranstaltung der Fachtagung „Bewahrung des europäischen Naturerbes – Wälder in der Region Braunschweig“ am 11.05.2007)

Der Klimaschutz in Braunschweig kann sich nicht nur auf die Bekämpfung von Feinstaub innerhalb der Innenstadt beschränken. Braunschweig ist mehr als nur der Bohlweg bzw. die Innenstadt.

Feinstaub ist schon seit langem ein bekanntes Risiko in der Innenstadt - aber das große und entscheidende Klimaproblem ist **CO₂**, welches nur am Rande im Aktionsplan der Stadt Braunschweig vorkommt. Bei CO₂ darf es nicht nur darum gehen, den Anstieg zu reduzieren, sondern geht es in erster Linie um den Abbau von CO₂. Die wichtigste Frage ist also:

Welche Möglichkeiten gibt es für den Abbau von CO₂? Der Waldschutz ist die einfachste und realistischste Klimaschutzmaßnahme

Beispiel:

Ein **200 Jahre** alter Baum bindet pro Jahr über **2.000 kg CO₂** und gibt knapp **2.000 l Sauerstoff** ab.

Ein 200-jähriger Baum ist in der Klimabilanz nur durch 200 zweijährige Bäume zu ersetzen.

Für den Klimaschutz in Braunschweig wäre eine Abholzung von **60.000 Bäumen** des Querumer Forstes für die vorgesehene Verlängerung der Start- und Landebahn des Flughafens ein riesiger Rückschritt. Der geplanten Abholzung stehen im Aktionsplan der Stadt Braunschweig insgesamt **4.000 Bäume** gegenüber (500 bereits gepflanzt und 3.500 geplant).

Um diese Klimakatastrophe für Braunschweig zu vermeiden, fordern wir, **auch** unter den aktuellen Klimaschutzgesichtspunkten,

- **den Stopp der Startbahnverlängerung des Flughafens**
*(DLR testet zunehmend im Labor, BZ 30.05.2007;
VW kann interkontinental ab Hannover fliegen)*
- **eine Klimabilanz für das gesamte Stadtgebiet**
 - für die vergangenen 5 Jahre und
 - über die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen (Umweltzone, Tempo 30, Fernwärme etc.) sowie
 - die Auswirkungen der Abholzung von 60.000 Bäumen.

Wir sehen die punktuellen Themen im Luftreinhalteplan der Stadt Braunschweig im Wesentlichen als Feigenblattaktionismus an.

„Wir wollen die Herausforderungen beim Klimaschutz annehmen“

(Pressemitteilung OB Dr. Hoffmann. 14.05.2007) – ernsthaft ?

„Nur wer den Wald rettet, kann das Klima retten.“

(Spiegel online 15.05.2007)

(Damit sind nicht nur die Regenwälder, sondern auch unsere heimischen Wälder gemeint)

Stellungnahme des Energieforums Region Braunschweig Zum „Aktionsprogramm für Luftreinhaltung, Feinstaub und Klimaschutz“

Das „Energieforum Region Braunschweig“ erwartet von der Stadt Braunschweig einen umfassenderen Beitrag in Sachen Klimaschutz und Luftreinhaltung, als es in der Beratungsvorlage (Drucksache 11230/07 vom 2.Mai 07) zum Ausdruck kommt: Klimaschutz darf nicht außerhalb des „Wilhelminischen Ringes“ aufhören!

Das Thema Klimaschutz betrifft die gesamte Braunschweiger Region: Als Oberzentrum sollte die Stadt regional ein Vorbild sein. Das vorgelegte Konzept dient allenfalls zur Reduzierung des Kleinklimas an den kritischsten Stellen und verdient den Namen „Klimaschutzprogramm“ nicht.

Wir wollen eine saubere Stadt, beschränken uns jedoch nicht auf sichtbare Schandflecke, sondern auf das Wichtige: Das, was unsere Gesundheit gefährdet!

Braunschweig benötigt ein umfassendes Klimaschutzprogramm, das sich nicht nur auf den Bereich Verkehr (und auf die Verlagerung von Hauptverkehrsströmen) beschränkt! Grundsätzlich muss *Verkehrsvermeidung* Ziel eines solchen Programms sein.

Daher fordern wir folgende Maßnahmen:

- Stärkung und Förderung von Car-Sharing Modellen
- Förderung des ÖPNV durch erhöhte Streckenfrequenzen, Angliederung bisher nicht erschlossener Bereiche, Abstimmungen der Taktzeiten, „Ökologisierung“ des Fuhrparks
- eine allgemeine Bauleitplanung, welche Verkehrsaufkommen nicht verstärkt entstehen lassen. Die Verlagerung der Hauptverkehrsadern verschlimmert die aktuelle Situation, weil hierdurch nur die Probleme mit kostenintensiven Folgen in angrenzende Stadtteile verlagert werden.

Zu der grundsätzlich zu begrüßenden Umweltzone zu bemerken, dass die Verbannung bestimmter Fahrzeugtypen auf den Verbrauch abgehoben werden sollte. Angemessene Übergangsfristen und soziale Ausgewogenheit müssen sichergestellt werden.

Wir fordern ein Klimaschutzprogramm, welches sich schwerpunktmäßig (auf die im vorgelegten Konzept nur peripher angesprochenen Bereiche!) „Gebäudeenergie“ sowie „gewerblich genutzte Energien“ bezieht!

In diesen Bereichen ist der Energieverbrauch (und die hiermit erzeugten Emissionen) signifikant höher als im reinen Straßenverkehrsbereich. Erfolgreicher Klimaschutz ist somit nur unter Berücksichtigung dieser Emittenten möglich.

Eine Förderung der umweltschonenden und regenerativen Energieerzeugung, wie 1999 beschlossen, findet bisher allerdings fast nicht statt: Weder sind passive Energieeffizienzmaßnahmen in der Stadt Braunschweig offensiv gefördert und mehrheitlich umgesetzt - noch sind ca. 90% aller Heizungsanlagen in einem sanierungsbedürftigen Zustand - noch ist ein wesentlicher Anteil der regenerativen Energieerzeugungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Möglichkeiten gäbe es zahllose:

- Recycling des Wasserkraftwerkes an der Oker
- Weitere Windkraftwerke
- Solarthermische- und PV –Anlagen
- BHKW´s
- Biomasseeinsatz (in Heizkraftwerken, in BHKW´s, für Heizung allein)
- Biogasnutzung aus Klärwerken und Landwirtschaft
- Gebäudeisolierung
- Effiziente Beleuchtungssysteme, Lichtspiegelsysteme etc
- Intelligente Kühlung (Erdkälte, Bauteilaktivierung, Passive Sonnenschutzsysteme)
- Neutrale und kostengünstige Beratungsmöglichkeiten für BürgerInnen und Gewerbetreibende zu diesen Themenbereichen fehlen vollständig.

Wir erwarten von einem Klimaschutzprogramm, dass konkreten Angaben und Zielwerten genannt werden. Dringend notwendig ist die Schaffung der Stelle eines oder einer Energiebeauftragten. Diese Person muss mit einer klaren Entscheidungsbefugnis versehen werden und folgende Aufgaben erfüllen:

- Systematische Untersuchung aller öff. Liegenschaften in Bezug auf Energieverbrauch / Einsparmaßnahmen/ Möglichkeiten regenerativer Energieerzeugung
- Entwicklung langfristiger Sanierungsstrategien
- Vorbereitung entsprechender Maßnahmen
- Nutzer- und Hausmeisterschulungen
-
- Der Energiebeirat muss wieder ins Leben gerufen werden.
- Eine „Energie Agentur Braunschweig“ (in kommunaler Trägerschaft, in Zusammenarbeit mit Handwerksverbänden, Ingenieuren, Energiedienstleistern, Sparkassen etc.) muss ins Leben gerufen werden, deren Arbeitsbereiche sein sollten:
-
- Gründung eines regionalen Fonds / Sicherheitsbürgschaften / finanz. Unterstützung für (priv.) Energieprojekte
- Vermittlung, ggf. Absicherung über Bürgschaften von Partnerschaften Wirtschaft/ Institutionen/ Beteiligungsgesellschaften
- Kommunales/Regionales Förderprogramm für energieeffiziente Maßnahmen, Kostenübernahme auch durch bs energy (vgl. z.B. enercity Hannover) (Ggf. hierzu notwendig: Rückführung der Mehrheit der bs energy in kommunales Eigentum)
- Fortbildungsreihe für Immobilienverwalter/ Handwerker / Ingenieure / Hauseigentümer
- Verbraucherberatung

Darüber hinaus fordern wir verschärfte Vorschriften für Neubauten (Südausrichtung der Dächer, Niedrigenergiehausstandards, z.B. Beschränkung von energieverschwendenden Einzelbebauungen, Anschlusspflichten an durch Kraftwärme und/oder Biomasse und/oder Solarenergie gespeiste Nahwärmenetze).

Der Wiedereintritt Braunschweigs ins Klimabündnis und die Nutzung öffentlicher Dachflächen für PV-Anlagen sind nötig.

Grünflächen sind zur angestrebten Kleinklimaverbesserung unabdingbar. Die Förderung beziehungsweise kommunale Einrichtung von Grünzonen, Dach- und Fassadenbegrünungen wäre daher ein wichtiger Schritt.

In der Region stehen uns sowohl in Forschung und Lehre (z.B. TU Braunschweig, Institut für Gebäude- und Solartechnik, oder FH Wolfenbüttel, Bereich Versorgungstechnik) wie auch in Industrie und Handwerk (z.B. SOLVIS) zahlreiche anerkannte Kapazitäten mit enormem Fachwissen zur Verfügung.

Braunschweig ist in diesem Jahr „Stadt der Wissenschaft“. Klimaschutz als wesentlicher Forschungsbereich hat sich trotzdem nicht in dessen Programm niedergeschlagen!

Wir fordern von den Verantwortlichen, die Herausforderungen anzunehmen und unverzüglich mit der konkreten Planung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen für eine Anpassung der lokalen und regionalen Energiewirtschaft an die Notwendigkeiten der Zukunft anzufangen.

Klimaschutz in Stadt- und Verkehrsplanung verankern

In Braunschweig sind klar definierte Ziele zur Stadtentwicklung nicht zu finden. So können auch keine Maßnahmen und Projekte definiert werden, um die Ziele zu erreichen. Regelmäßige Evaluationen begleiten Maßnahmen und Projekte und können so zeitnah Auskünfte über Erfolge und Misserfolge der Planung und auch der Klimaschutzziele liefern.

Welche Bild haben Politik und Verwaltung von Braunschweig in 10 bis 15 Jahren? Unter den Rahmenbedingungen einer allgemein sinkenden und alternden Gesamtbevölkerung muss die Stadt definieren, wie viele Einwohner sie in 2020 haben möchte. Durch welche Maßnahmen möchte sie dieses erreichen? Wie können diese Leitbilder energiesparend und unter Berücksichtigung einer geringst möglichen CO₂ Emission umgesetzt werden?

Braunschweig fehlen Ziele zur Vermeidung weiterer Flächenversiegelungen. Welche Quoten zur Innen- vor Außenentwicklung verfolgt die Stadt? Die Stadt der kurzen Wege und damit die Verkehrsvermeidung müssen höchste Priorität erlangen.

Eine offensive und noch dazu energetisch unsinnige Ausweisung von Einfamilienhausgebieten gehört nicht dazu. Diese werden in wenigen Jahren eine sinkende Nachfrage bekommen, so dass die Stadt sich derzeit große Probleme selber schafft.

Aus den städtebaulichen Leitbildern ist die Verkehrsplanung abzuleiten. Eine langfristige Verkehrsplanung muss sich an den Zielen der Stadtentwicklung orientieren. Dazu gehört auch, die Verknüpfung mit dem Umland zu berücksichtigen.

Die Einführung der RegioStadtBahn wird ein wichtiger Meilenstein sein, die Stadt - Umlandverkehre zu Gunsten der öffentlichen Verkehrsmittel zu beeinflussen.

Innerstädtisch muss über eine größere Attraktivität des Fuß- und Radverkehrs und durch eine massive Aufwertung des öffentlichen Nahverkehrs der Anteil der zurückgelegten Wege mit dem Pkw reduziert werden. Fast zwei Drittel aller mit dem Pkw gefahrenen Strecken sind kürzer als 4 km.

Das braunschweiger forum fordert:

- den Anteil des Fuß- und Radverkehrs sowie des öffentlichen Nahverkehrs am Modal Split auf 50% durch Förderung dieser Verkehrsträger zu steigern.
- den Radverkehr in seiner Attraktivität durch qualitativ hochwertige Fahrradwege und zunehmend durch markierte Bereiche auf den Straßen zu stärken.
- die Verknüpfung von Radverkehr und öffentlichen Nahverkehr intensiver zu bewerben, Fahrradabstellanlagen weiter auszubauen und die Fahrradmitnahme in der Stadtbahn generell zu erlauben.
- den Defizitausgleich für die Braunschweiger Verkehrs AG nicht weiter zu senken. Ein Defizitausgleich von 20 Mio. Euro ist für den städtischen Nahverkehr einer Großstadt wie Braunschweig angemessen.
- den Anteil der Fahrgäste im öffentlichen Nahverkehr durch ein attraktiveres Angebot, ein umfassenderes Marketing und gut abgestimmte Verknüpfungen mit dem Pkw und dem öffentlichen Regionalverkehr zu steigern.
- den Fuhrpark der Braunschweiger Stadtbahn in den kommenden 10 Jahren auf barrierefreie und energiesparsamere Fahrzeuge umzustellen
- einen neuen Stadtbahnvertrag zwischen der Stadt Braunschweig und dem Land Niedersachsen, in dem der Stadtbahnausbau nach Lehdorf/Kanzlerfeld/Lamme, die westliche Innenstadtstrecke und die Erschließung des Bebelhofs verankert ist.